

Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Hühnerstraße 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.

Weltower Kreisblatt

Täglich erscheinende Zeitung.

Verlags-Anschluß: Sammel-Nr. B 2 Hühner 0671.

Postcheckkonto: Berlin 1519 51.

Nr. 19.

Berlin, Dienstag, den 23. Januar 1934.

79. Jahrg.

Amthliches.

Weitere amtliche Bekanntmachungen sind im Infereatenteil dieser Nummer veröffentlicht.

Deutsche Monatsnamen.

Runderlah d. M. d. J. vom 9. Januar 1934 — IC 20/184 II. Die Frage, ob die bisherigen Monatsnamen durch neue, rein deutsche Bezeichnungen zu ersetzen sind, wird zurzeit im Reichstag des R.M. d. J. geprüft.

Veröffentlichung.

Berlin, den 22. Januar 1934. Landrat des Kreises Teltow. J. W. Schröder.

Schießplatz Nummersdorf.

Schäßliche: Am 24., 25., 26. Januar 1934. Schießbahn Ost bis 10 200, West bis 7500; Beginn 7 Uhr, Dauer 19 Stunden. Berlin, den 22. Januar 1934. Landrat des Kreises Teltow. Roennede.

Besserung im Befinden Hindenburgs.

Aber das Befinden des Reichspräsidenten von Hindenburg wird amtlich mitgeteilt, daß der Reichspräsident, der auch während seiner Erhaltung seine laufenden Dienstgeschäfte weitergeführt hat, sich auf dem Wege der Besserung befindet.

Herzog Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein †. Am Alter von 79 Jahren starb in Lütjenburg bei Gernsrode in Holstein der Herzog Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein Sonderburg-Glücksburg an einem Herzleiden. Der Verstorbenen war der Schwiegervater des Herzogs Karl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha.

Ein Rundfunksender für das Memelgebiet? Die Frage der Errichtung eines Rundfunksenders für das Memelgebiet wird in Litauen erörtert. Der Sender solle eine Energie von 50 Kilowatt erhalten. Eine englische Firma habe bereits einen Vorschlag zu annehmbaren Bedingungen für den Bau dieses Senders eingereicht.

Saarbrücken. Ein verbrecherischer Ausschlag, der auf ein Tischspielhaus, in dem der Usa-Film „Mischlinge“ gezeigt wird, verurteilt worden ist, wird zur Zeit von den Behörden untersucht. Am 3. und 4. Januar wurden im Zuschauerraum Flaschen mit Flüssigkeiten gefunden, deren Inhalt bestimmt war, während der Vorführung Brände zu verursachen. Ein Kommunist ist festgenommen, der bereits weitere Mittäter angegeben hat. Die Brandstiftung ist nur dadurch unterblieben, daß die Personen, welche die Flaschen mit der für die Brandstiftung bestimmten Flüssigkeit im Zuschauerraum niedergelegt hatten, Angst vor einer Explosion hatten.

Es ist in Saarbrücken die Befürchtung aufgetaucht, daß dieser Versuch einer Brandstiftung nach der ganzen Anlage des Verzeichnisses in enge Verbindung mit der Brandstiftung im Reichstagsgebäude zu bringen ist. Die explosive Flüssigkeit, die in den Flaschen vorgefunden wurde, ist geruchlos; sie entwickelt keinen Rauch bei der Zündung und entwickelt ebensowenig Rauch wie die Flüssigkeit, von der noch Spuren auf Grund der Tätigkeit der Sachverständigen nach dem Reichstagsbrande im Plenarsaal gefunden wurden.

Zwischenfälle bei der Heiligabendfeier in Stuttgart.

Katholische Jugendvereine verstoßen gegen Uniformverbot. Stuttgart. Zu der in der Stuttgarter Stadthalle abgehaltenen Heiligabendfeier der katholischen Groß-Stuttgarter erschienen die katholischen Jugendvereinigungen trotz des Verbotes in Uniform mit Schufterriemen und Fahnen. Sie formierten sich nach Schluß der Versammlung vor der Stadthalle zu einem Zug. Die Polizei forschte die Demonstranten auf, die Schufterriemen abzulegen und die Fahnen einzulegen. Der Zug wurde aufgelöst. Von zusaätzliche Stelle wird hierzu folgendes mitgeteilt: Nach Schluß der in der Stuttgarter Stadthalle abgehaltenen Heiligabendfeier kam es zu Zwischenfällen. Von der Württembergischen Polizei ist eine Untersuchung eingeleitet worden. Im Hinblick auf die starke Erregung der Bevölkerung ist jedoch schon jetzt von der Polizei mitgeteilt worden, daß gegen die führenden Persönlichkeiten mit allen Maßnahmen vorgegangen wird, wenn die Ermittlungen ergeben sollten, daß gegen bestehende Bestimmungen verstoßen worden ist.

Englischer Vermittlungsvorschlag?

Londoner Abrüstungsberatungen

In London ist am Montag der Abrüstungsausschuß des Kabinetts zusammengetreten, nach dessen Beratung das englische Gesamtkabinet sich mit der Abrüstungsfrage beschäftigten wird. Im Mittelpunkt der Beratungen steht natürlich die deutsche Antwortnote auf das sogenannte französische Aide memoire.

Zu der englischen Presse bezieht Einmütigkeit darüber daß die Tür zur Verhandlung zwischen Frankreich und Deutschland weiter offen

steht. Die Meinungen der Londoner Presse sind je nach der innerpolitischen Einstellung der Zeitungen verschieden, denn jede Zeitung zwängt die deutsch-französische Haltung in ihre Parteinteressen ein. Die Liberalen würden gerne sehen, wenn der Abrüstungsausschuß des Kabinetts einen Beschluß fäße, der Englands Vermittlerstellung im aktiven Sinne neu festlegt, um mit diesem Entschluß dann einen Kabinettsvollbeschluß im Mittwoch herbeizuführen, der einen abgeänderten MacDonal-Plan zur Basis neuer Verhandlungen vorbringt. Damit wären die Unterhandlungen zwischen Deutschland sofort wieder bei der Bestimmung von Angriffswaffen an sich, Größen von Tanks, Kaliberkräfte der Kanonen und Aufklärungsflugzeugen angelangt. Die Liberalen befürworten eine Internationalisierung der Luftflotte, was die Konserverativen überaus ablehnen. Internationalisierter Kontrolle des Rüstungsstandpunktes überhaupt wird übrigens abgesehen.

Die Morningpost bringt die englische Auffassung

am klarsten heraus: Seeresärfte: Deutschland verlangt ein kurz dienendes Meer von 300 000 Mann zusätzlich zu seinen Sturmabteilungen (irgendeine Zahl über eine Million). — Frankreich schlägt als die deutsche Höchststärke 200 000 Mann vor und bietet an, seine kontinentale Armee auf dieselbe Ziffer zurückzubringen.

Verteidigungswaffen: Deutschland verlangt Verteidigungswaffen, wie z. B. leichte Tanks, Artillerie und Militärflugzeuge im Verhältnis zu der von ihm vorgeschlagenen Seeresärfte. — Frankreich widerspricht sich dieser Wiederherstellung, aber würde zustimmen, daß Deutschland eine gewisse Anzahl derselben Waffen besitzt, die nach Ausföhrung des neuen Abkommens noch von anderen Mächten beibehalten wird.

Angriffswaffen: Deutschland fordert die Beschaffung aller sogenannten Angriffswaffen, z. B. Bombenschlepper, schwere Artillerie und Tanks in Anbetracht dessen, daß es selbst keinen Anspruch darauf erhebt. — Frankreich stimmt zu, die Herstellung dieser Art Waffen sofort einzustellen und eine fortschreitende Verminderung auszuführen, je nachdem es die Lage zuläßt. Kontrolle: Deutschland nimmt grundsätzlich die internationale Kontrolle seines Heeres und seiner Sturmtruppen an, vorausgesetzt, daß dieselbe Kontrolle auf ähnliche Organisationen im Ausland Anwendung findet. Jedoch muß Deutschland zuerst praktisch Waffen-gleichheit zugelassen werden, so daß der Begriff der Bewahrungspflicht fortfällt. — Frankreich stimmt zu, jedoch soll die Kontrolle gleichzeitig mit der Internationalisierung der Kontrolle der deutschen Heeres eintreten und die Wirksamkeit der Kontrolle bereits vorhanden sein, bevor irgendwelche ernsthaftige Abrüstung anfängt.

Wüstung: Frankreich stimmt zu, daß 50 Prozent seiner Luftstreitkräfte abgerüstet werden in dem Augenblick, in dem das neue Abkommen unterzeichnet wird. — Deutschland sieht die Maßnahme, die es immer noch wieder für den Luftkrieg befaßt, als ungenügend an.

Soweit die konservative „Morningpost“. Englands Standpunkt war und bleibt der, zu versuchen, daß Deutschland und Frankreich sich ausföhnen. Also wird England wohl mit neuen Vorschlägen heranzukommen.

Die „Times“ hören das Gras wachsen.

Paris bringt wieder die üblichen Indiskretionen über den angeblichen Inhalt des vertraulichen deutschen Schriftstückes. Besonders tut sich der Korrespondent der Pariser „Times“ hervor, der eine ganze Reihe falscher Mitteilungen macht. Er behauptet zunächst, daß Deutschland eine qualitative Aufrüstung fordere, und zwar in den Verteidigungswaffen. Das deutsche Memorandum enthält in Wirklichkeit nichts davon. Es wird nur festgestellt, daß Deutschland selbstverständlich bei der Umwandlung der Reichswehr in ein Mißheer sofort die notwendigen Verteidigungswaffen für diese Miß haben muß,

weil eine Umwandlung der Reichswehr ohne eine sofortige Herstellung des endgültigen Waffenbestandes technisch einfach unmöglich ist. — Der Korrespondent der „Times“ behauptet weiter, daß eine Verringerung der Zahl der SS, SS und des Stahlhelms in der Rote von Deutschland vorgeschlagen sei. — Das ist gleichfalls völlig falsch. Es ist von einer Verringerung der Zahl überhaupt nicht die Rede. Weiter ist von deutscher Seite im Gegenfatz zu den Ausführungen des Korrespondenten der „Times“ über die Bedeutung der Kontrolle darauf hingewiesen worden, daß sich

selbstverständlich die Kontrolle in allen Ländern auf die gleichen Gegenstände und auf die gleiche Art der Beschränkung der Rüstungen erstrecken müße,

weil bei einer nicht gleichen Gegenstandskontrolle auch keine Gleichberechtigung der Kontrolle durchgeföhrt werden kann. Der Pariser Korrespondent behauptet endlich, daß Deutschland die Aufrüstung der Luftmacht in der gleichen Stärke wie Frankreich sie besitzt, verlange. — Im Gegenfatz zu dieser falschen Behauptung enthält das deutsche Memorandum die Feststellung, daß Deutschland, wenn Frankreich seine Luftmacht um 50 Prozent herabsetze, seinerseits das Recht haben müße, zu Verteidigungszwecken in gewissem Umfange eine Luftmacht aufzustellen, weil Deutschland eine Herabsetzung der Luftmacht um 50 Prozent in keiner Weise von der Gefahr befreie, die bei den großen Luftstreitkräften der anderen Mächte in jedem Fall besteht, ob sie nun gegenüber einem völligen Fehlen jeder Luftmacht in Deutschland auf dem heutigen Stande oder nur auf der Hälfte des heutigen Standes bestehen.

Pariser Ministerrat über die deutsche Antwort.

Paris. Über den Ministerrat, der am Montag tagte, wurde folgende amtliche Bekanntmachung ausgegeben: Ministerpräsident Chamberlain und Außenminister Paul-Boncour erstatteten dem Ministerrat über die deutsche Antwort ihr Bericht. Die deutsche Antwort ist dem Minister für Landesverteidigung zugewiesen worden und wird in dem nächsten Ministerrat wieder zur Beratung stehen. Der Außenminister gab dem Ministerrat sodann einen Bericht über die Verhandlungen in Genf und über die im Hinblick auf die Volksabstimmung im Saargebiet vorgeesehenen Maßnahmen.

Im Anschluß an den Ministerrat wurden die besonderen Maßnahmen veröffentlicht, die vom Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit dem Stabilitäts-Standard ergriffen worden sind. Der Polizeikommissar Bayard und der Volkseinspektor Wuy wurden vom Dienst suspendiert, bis ihr Fall vor dem Disziplinarrat erledigt ist. Der Kommissar der Gemeinde von Bayonne, Sibiery, ist abgesetzt worden. Der Kommissar von der Kontrollstelle für gerichtliche Untersuchung, Seneilly, ist zur Disposition gestellt worden, ebenso der Generalinspektor für gerichtliche Untersuchung bei der Suretis Générale, sowie der Direktor der Suretis Générale.

Neuer Finanzskandal in Paris.

200 Millionen Franken Unterschleife? Paris. Während der Stabilitäts-Standard die Gemüter in Erregung hält, wird bereits eine neue Verstrickung angelegt an der Tageslicht gezerrt, die der Polizei und dem Gericht schon seit längerer Zeit bekannt gewesen zu sein scheint. Es handelt sich um den Direktor der Baugewerkschaft, Georg Alexandre, gegen den Verhaftungsbefehl erlassen worden ist. Er betrieb vor Jahren in der Provinz einen Trödelladen, bis er auf den Gedanken kam, in Paris eine Bank zu gründen, die den Beamten und Freischöffen gegen geringe Zinsfäße Darlehen gewährte. Das Gründungskapital bestand in Zeichnungen von Beamten, die einen Teil ihres Einkommens zur Verfügung stellen mußten. Auf diese Weise soll Alexandre nicht weniger als 50 Millionen Franken zusammengebracht haben. Mit dem so beschaffenen Geld gründete er eine Reihe eigener Gesellschaften, die inzwischen bankrott gemacht haben. Man behauptet, daß die Summe, um die die kleinen Sparer durch Alexandre geschädigt worden sind, 200 Millionen Franken beträgt.

Zu der Stabilitäts-Angelegenheit ist es am Montag zu einem neuen Zwischenfall in den Wandelgängen des Justizpalastes gekommen. Der radikal-sozialistische Abgeordnete Heiff